

Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft

Bedeutung, Situation und Förderstrategien

Dirk Halm

Das klassische Ehrenamt steht in Deutschland massiven Herausforderungen gegenüber, weil sich die individuellen Ansprüche an gesellschaftliches Engagement wandeln. Unabhängig von der Bereitschaft, sich für andere zu engagieren, sinkt mit dem Ende der Industriemoderne in den Biographien die Bedeutung festgefügter kollektiver Bezüge zugunsten individueller Netzwerke (Junge 1996; Höfer et al. 2006). Dies zeigt sich in dem Wunsch nach Flexibilität und Selbstverwirklichung im Engagement, dem bestehende Beteiligungsformen begegnen müssen. Dieser Wandel hat potentiell gravierende Folgen für die deutsche Gesellschaft, ist doch Bürgerschaftliches Engagement ein bedeutendes Element für die Aufrechterhaltung des Gemeinwohls. Eine Presseinformation des Innenministeriums Niedersachsen vom 8. August 2010 zur Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren illustriert dies und zeigt stellvertretend, dass die Gruppe der Einwanderer zunehmend in den Fokus rückt, wenn es um die die Behebung von Beteiligungsengpässen geht. Hier heißt es: „Um die Folgen des demografischen Wandels für den Brandschutz zu untersuchen, hatte der Minister einen Bericht in Auftrag gegeben. (...) Das Durchschnittsalter der Aktiven wird demzufolge steigen. Der Bericht kommt auch zu der Aussage, dass langfristig die Leistungsfähigkeit und die Einsatzbereitschaft der Feuerwehren gefährdet sind. (...) In Niedersachsen leben rund 1,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 17 Prozent. Diese Bevölkerungsgruppe ist in den Feuerwehren bisher unterrepräsentiert“.¹

Diese Presseinformation steht nur stellvertretend für zahlreiche weitere Überlegungen

zur stärkeren Aktivierung von Einwanderern für Bürgerschaftliches Engagement – wobei schon unmittelbar die begriffliche Problematik ins Auge springt, dass Einwanderer nicht selbstverständlich „vollwertige“ Bürger sind, sondern bei ausländischer Staatsangehörigkeit zumindest nicht durch die Teilnahme an Wahlen politisch partizipieren. Aus diesem offenen Widerspruch ergeben sich weitere Fragen und Probleme:

- Kann das Engagement von Einwanderern einen Beitrag zur politischen Partizipation einerseits und zur Steuerungsfähigkeit des Staates andererseits leisten?
- Liegen gesellschaftliche Risiken im Engagement von Nicht-Staatsbürgern?
- Unterliegt das Engagement von Einwanderern denselben Bedingungen wie das der Einheimischen? Bedarf es zielgruppenspezifischer Förderung?

Der vorliegende Beitrag skizziert Antworten auf diese Fragen mit dem Ziel, mögliche politische Fehlsteuerungen zu vermeiden und Akteuren der Engagementförderung Kriterien an die Hand zu geben, die die Erfolgsaussichten und Folgen von Interventionen auf diesem Feld abzuschätzen helfen. Hierzu wird, anknüpfend an eine kurze allgemeine Betrachtung der Potentiale Bürgerschaftlichen Engagements für Partizipation und politische Steuerung, auf die Spezifik von Engagement in Einwanderungsgesellschaften eingegangen. Unter Bezug auf empirische Befunde zum Engagement der Türkeistämmigen in Deutschland werden abschließend allgemeine Empfehlungen zur Engagementförderung bei Einwanderern gegeben.

1 | Zivilgesellschaft, Partizipation und politische Steuerung

Die politisch-soziologische Auseinandersetzung mit der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für das Funktionieren von Demokratien geht bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Die Analyse des amerikanischen Regierungssystems durch Alexis de Tocqueville, zuerst veröffentlicht 1835/1840, ist dabei insbesondere prägend für ein Verständnis von Zivilgesellschaft geworden, das in der politischen Theorie und Praxis bis heute nachhaltig wirkt (Tocqueville 1959). Er arbeitet hier heraus, wie einer von ihm befürchteten „Tyrannei der Mehrheit“ durch Bürgerbeteiligung, durch die Ausbildung einer aktiven Zivilgesellschaft entgegen gewirkt werden kann. Ideengeschichtlich sind in seinem Werk bereits zwei grundlegende Kategorien angelegt, die die Förderung von Zivilgesellschaft auch heute noch relevant machen: ein möglicher politischer Steuerungsgewinn einerseits und die Herstellung politischer Kohäsion andererseits.

Die Zivilgesellschaftsdiskussion hatte in der Bundesrepublik mehrere Konjunkturen. Sehr bedeutend war die Entstehung der Neuen Sozialen Bewegungen in den 1970er Jahren, ebenso wie der industrielle Strukturwandel, der zu einer Überforderung der sozialen Sicherungssysteme beitrug und speziell auf kommunaler Ebene Ansätze von „urban governance“ befördert hat, in denen der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle für die politische Steuerung zukommt. Letztendlich sollen diese Ansätze sie einen Steuerungsverlust kompensieren, der sich aus den Folgen der internationalen Arbeitsteilung, der demographischen Entwicklung, (völkerrechtlich gewährleisteter) zwischenstaatlicher Migration und weiteren politisch nur bedingt zu beeinflussenden Faktoren ergibt. Urban governance setzt auf das gemeinsame Handeln öffentlicher und privater Akteure, die lokale Interessen, Organisationen und soziale Gruppen besser koordinieren (siehe zu einer Übersicht Drilling/Schnur 2009).

Aber der Einbezug der Zivilgesellschaft kann nicht nur einen Steuerungsgewinn bedeuten, sondern auch zu Kohäsion beitragen. Der Begriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ gehört zur zentralen Leitvorstellung des Bundes und der Länder mit Blick auf die Teilräume der Bundesrepublik (Art. 72, Abs. 2 GG; § 2 Abs. 2 ROG). Angesichts fortschreitender Diversifizierung der Bevölkerung nach sozialen Lagen und bei gleichzeitiger Überforderung der bisherigen Systeme der sozialen Sicherung steht die Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als politisches Ziel zunehmend in Frage. Gleichwohl gilt es, gesellschaftlichen Erosionsprozessen entgegenzuwirken und Kohäsion zu erzielen – unter eben immer schwieriger werdenden Voraussetzungen. „Kohäsion“ kann dabei etwa wie folgt definiert werden: „A cohesive society ‚hangs together‘; all the component parts fit in and attribute to society’s collective project and well being; and conflict between societal goals and groups, and disruptive behaviour, are largely absent or minimal“ (Kearns/Forrest 2000: 998).

Zusammenfassend erscheint damit die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement politisch geboten, weil die Kohäsion sozial ungleicher Gesellschaften gestärkt und politische Macht an die Gesellschaft rückgebunden wird, Selbsthilfepotentiale aktiviert werden und das politische Steuerungspotential wächst. Gleichzeitig wird auch deutlich, dass der Einbezug von Einwanderern in entsprechende Bemühungen besonders nahe liegend ist. Aufgrund nicht-deutscher Staatsangehörigkeit gilt es hier unter Umständen, nochmals besondere Partizipationsdefizite zu kompensieren, insbesondere das fehlende aktive und passive Wahlrecht. Zudem wird in sozialer Benachteiligung und kultureller Differenz eine besondere Gefahr für die Kohäsion gesehen, die durch den Einbezug in zivilgesellschaftliche Beteiligungsformen gemindert werden könnte. Das bei der Thematisierung vermeintlich gescheiterter sozialer Integration von Einwanderern mit Regelmäßigkeit aufgegriffene Bild der „Parallelgesellschaften“ steht für derartige Befürchtungen.

2 | Spezifik von Einwanderungsgesellschaften

Dieser Hinweis auf die „Parallelgesellschaften“ deutet auf ein Problem hin: Obwohl es, wie oben skizziert, gute Gründe für den stärkeren Einbezug von Einwanderern in bürgerschaftliches Engagement gibt, sind Formen migrantischer zivilgesellschaftlicher Organisation denkbar, die im Sinne von Kohäsion und Steuerung politisch eher unerwünscht sind. Diese Debatte ist verknüpft mit der in der deutschen Migrationsforschung in den 1980er Jahren entstandenen Auseinandersetzung über die Rolle von Herkunftslandorientierung und Migrantenorganisationen im Prozess der sozialen Integration, wobei entweder die Notwendigkeit von Binnenintegration in die eigene Gruppe (Elwert 1982) oder aber die Schädlichkeit von Innergruppenorientierung für die Inklusion in die Aufnahmegesellschaft (Esser 1990) betont wurde.

Die Auseinandersetzung findet eine politisch-soziologische Entsprechung in der Zivilgesellschaftsdiskussion, indem gemeinsame Ziele, Werte und Überzeugungen von Akteuren als Voraussetzung für die Steuerungsfähigkeit aufgefasst werden (Putnam 1993). Putnam bedient sich bei seiner Analyse der Voraussetzungen effektiver politischer Steuerung des Konzepts des Sozialkapitals, verstanden als Netzwerke zwischen unterschiedlichen Akteuren. Solches Soziales Kapital sieht er als die wichtigste Voraussetzung für die Effizienz demokratischer Institutionen, was er auf den griffigen Nenner bringt: „Good government (...) is a by-product of singing groups and soccer clubs“ (Putnam 1993: 176). Wenn möglichst dichte Netzwerkstrukturen zwischen Akteuren in einer Gesellschaft ein so wichtiger Beitrag zu ihrem Funktionieren sind, verbindet sich damit die Frage, ob ethnisch-kulturelle Heterogenität in Einwanderungsgesellschaften, die der Netzwerkbildung entgegen stehen kann, sich nicht nachteilig auf die Sozialkapitalbildung und damit auf das Funktionieren der Demokratie auswirkt.

Tatsächlich ist die Situation in Einwanderungsgesellschaften schlicht komplexer. Sie erfordert eine Differenzierung des Begriffs des Sozialkapitals, der unterschiedlichen, migrationspezifischen Netzwerkmustern gerecht wird: Neben „bridging social capital“, das Einwanderer und Einheimische etwa im Rahmen gemeinsamen bürgerschaftlichen Engagements zusammenführt und das bei Putnam implizit als Regelfall angenommen wird, gibt es auch „bonding social capital“, das den Zusammenhalt innerhalb von Subgruppen stärkt – und diese Kapitalform kann in Einwanderungsgesellschaften hoch bedeutend sein. Und schließlich mag auch „linking social capital“ gebildet werden, das solche homogenen Gruppen mit weiteren Akteuren vernetzt. Vordergründig könnte argumentiert werden, dass nur bridging social capital zu Kohäsion führt, während bonding capital das kennzeichnet, was im Populärdiskurs als vermeintliche „Parallelgesellschaft“ bezeichnet wird. Tatsächlich ist es aber so einfach nicht, da auch bonding capital unter Umständen notwendig sein kann, um in einem zweiten Schritt bridging oder linking capital zu ermöglichen. So sind bei Portes (1998) sind diese unterschiedlichen Sozialkapitalformen auch untrennbar miteinander verbunden. Bonding *und* bridging capital allein können nämlich unerwünschte Effekte haben: Der Zugang zu Netzwerken ist aus individueller Sicht ungleich verteilt, und dies gilt für Einwanderungsgesellschaften in besonderem Maße. Eine Gesellschaft, die ausschließlich bridging capital durch Integration in eine (kulturell homogene) Majorität produzieren würde, wäre desintegrativ mit Blick auf die Einwanderer und würde deren Einbezug in bürgerschaftliches Engagement verunmöglichen. Gesellschaften, in denen unterschiedliche kulturell homogene Gruppen nur bonding social capital produzieren, widersprechen dem politischen Ziel der sozialen Kohäsion. Die Existenz von linking social capital zwischen den Gruppen könnte die gesellschaftliche Konfliktgefahr wiederum mindern. Vieles spricht also dafür, die Gleichzeitigkeit von bonding, bridging und

linking capital als Leitvorstellung für die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in Einwanderungsgesellschaften zum Ausgangspunkt zu nehmen (siehe hierzu auch Weiss/Thranhardt 2005). Potentiell wäre dies auch im Sinne der Sozialintegration von Einwanderern sinnvoll, da die Vorteile von Binnenintegration mit Assimilierungstrends in Einklang gebracht werden könnten.

Diese Überlegungen haben zunächst rein theoretischen Charakter. In der Praxis realer Einwanderungsgesellschaften ist unklar, wie sich der ideale Mix aus unterschiedlichen Sozialkapitalformen herstellen lässt. Unter Umständen können sie in Konkurrenz zu einander treten, und es hängt von einer Fülle sozialer Rahmenbedingungen ab, wie die Zivilgesellschaft von Einwanderern und Einheimischen sich ausprägt. Dabei ist die empirische Einsicht in den Zusammenhang solcher Rahmenbedingungen und unterschiedlicher Sozialkapitalformen bisher wenig systematisch und insgesamt gering. Für die Bundesrepublik könnte man vermuten, dass ein über viele Jahre vorherrschendes Inklusionsmodell, das Einwanderern einerseits weitgehende Assoziierungsfreiheit zugesteht (Niessen et al. 2007: 78), zugleich aber kaum Maßnahmen tätigt, Einwanderer als gesellschaftliche oder politische Akteure (unter Beibehaltung ethnisch-kultureller Differenz) zu etablieren, und das Vorstellungen multikultureller Vergesellschaftungen deutlich ablehnt, die Entstehung von bonding social capital zumindest nicht gefördert hat – anders als man es etwa für die Niederlande oder Großbritannien annehmen könnte (vgl. auch Koopmans/Statham 2002).

3 | Bürgerschaftliches Engagement Türkeistämmiger in Deutschland

Im Auftrag der Bundesregierung wird in Deutschland regelmäßig der Freiwilligensurvey durchgeführt (siehe Gensicke et al. 2006), der auf repräsentativer Grundlage Art und Umfang des Bürgerschaftlichen Engagements in der deutschen Bevölkerung erhebt. Aus ihm

lassen sich allerdings nur begrenzt Schlüsse zur Engagementsituation in den Einwanderercommunities ziehen, da diese aufgrund der deutschsprachigen Befragung in der Stichprobe nur mangelhaft repräsentiert sind. Analog zum Freiwilligensurvey wurde 2004 eine repräsentative Befragung unter der erwachsenen türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland durchgeführt (siehe Halm/Sauer 2007, 1.500 Befragte). Die Türkeistämmigen sind, nach Herkunftsland betrachtet, mit 2,5 Mio. noch immer die größte Einwanderergruppe in der Bundesrepublik. Hier zeigte sich, dass 64 Prozent der Befragten – Eingebürgerte wie türkische Staatsangehörige – sich in zivilgesellschaftlichen Kontexten beteiligen, also nur geringfügig weniger als in der Gesamtbevölkerung (66 Prozent im Jahr 1999). Von diesen sind 40 Prozent in einem rein türkischen Kontext aktiv, 16 Prozent in einem rein deutschen und 44 Prozent entweder sowohl in einem türkischen als auch in einem deutschen oder in einer multiethnischen Gruppe. Letztere Zahl deutet auf das beträchtliche Vorhandensein von bridging bzw. linking social capital. Der Blick auf die unterschiedlichen Beteiligungsbereiche, die in der Erhebung untersucht wurden, zeigt dabei, dass die Bildung von bonding und bridging social capital bestimmten Regeln zu folgen scheint (siehe Tabelle 1): Zunächst dominiert der türkische Beteiligungskontext in Bereichen, in denen deutsche Vergesellschaftungsalternativen nicht existieren (die muslimische Religionsausübung, aber auch Kultur und Musik). Zudem scheint ein gewisser Zusammenhang zwischen der (grundsätzlichen) Bedeutung kultureller Differenz für ein Aktivitätsfeld und dem ethnischen Kontext der Beteiligung zu bestehen – Geselligkeit mit „Gleichgesinnten“ zu teilen ist in kulturellen oder religiösen Kontexten bedeutender, als sich beim Sporttreiben oder beim Engagement für schulische Belange innerhalb der eigenen ethnisch-kulturellen Gruppe zu bewegen.

Im Ergebnis erscheint die Beteiligung der Türkeistämmigen im eigenethnischen Kontext als komplementär und nicht als konkurrierend

Tabelle 1: Ethnisch-kultureller Kontext der zivilgesellschaftlichen Beteiligung Türkeistämmiger 2004 (in Prozent)

	Türkisch	Deutsch	International
Religiöser Bereich	97,3	0	2,7
Freizeit und Geselligkeit	64,5	8,3	27,2
Kultur und Musik	67,7	9,4	22,8
Justiz und Kriminalitätsbereich	57,6	12,1	30,3
Sozialer Bereich	61,1	14,0	24,8
Wirtschaftliche Selbsthilfe	51,5	15,2	33,3
Aktivitäten am Wohnort	29,1	16,4	54,4
Jugendarbeit, Bildungsarbeit	45,8	19,6	34,8
Gesundheitsbereich	44,7	27,6	27,6
Umwelt, Natur-, Tierschutz	30,6	28,6	40,8
Politik	34,9	36,0	29,1
Schule/Kindergarten	27,9	47,9	24,2
Sport und Bewegung	24,6	53,1	22,3
Unfall-, Rettungsdienst	20,9	58,2	20,9
Berufliche Interessenvertretung	10,3	78,2	11,5

Quelle: Eigene Darstellung

zu aufnahmegesellschaftlichen Kontexten – es handelt sich hier womöglich um eine recht gelungene Mischung von bonding und bridging social capital. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Beteiligung in den vom türkischen Kontext dominierten Bereichen besonders häufig vorkommt – der bedeutendste Bereich ist die Religion, wo allein 29 Prozent aller Befragten beteiligt sind (gegenüber lediglich 10 Prozent in der deutschen Gesamtbevölkerung). Trotz dieser Einschränkung ist aber bemerkenswert, dass es der deutschen Gesellschaft zum Teil gelungen ist, das Engagement der Türkeistämmigen einzubeziehen – und das, obwohl Versuche der interkulturellen Öffnung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland keine lange Tradition haben (vgl. Halm 2005). Aufgrund der geringen Unterstützung ethnisch-kultureller Differenz hat in Deutschland die Selbstorganisation von Einwanderern also primär in denjenigen Bereichen stattgefunden, in denen die Notwendig-

keit ergänzender Angebote von breiten Kreisen in der Einwanderercommunity empfunden und entsprechende Angebote nachgefragt wurden.

Diese grundsätzliche Komplementarität deutscher, türkischer und multikultureller Netzwerke darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass große Hürden hinsichtlich des Zugangs zu deutschen Angeboten verbleiben und die Qualität der Beteiligung der türkischen Einwanderer in zivilgesellschaftlichen Bezügen zu wünschen übrig lässt, da diese seltener zu vertieftem Engagement in den Organisationen finden. Insofern trifft die eingangs zitierte Presseinformation des Innenministeriums Niedersachsen durchaus zu. Das Aktivierungspotential aufnahmegesellschaftlicher Organisationen gegenüber Einwanderern ist aufgrund fehlender interkultureller Orientierung geringer. Über die reine Beteiligung hinaus finden die Türkeistämmigen zudem deutlich seltener zu intensiverem Engagement. Weder in deut-

schen, türkischen, noch in internationalen Kontexten erreichen sie die Engagementquoten der deutschen Bevölkerung, das heißt, sie nehmen seltener über die Beteiligung hinaus besondere Aufgaben wahr (Halm/Sauer 2007: 63).

Neuere Forschungsergebnisse zum Engagement der Türkeistämmigen in Deutschland (Sauer/Halm 2009: 99-101) bestätigen die Befunde zu den komplementären Netzwerken grundsätzlich, wobei die Beteiligung der Türkeistämmigen über die letzten Jahre leicht zugenommen hat, primär zugunsten multikultureller Kontexte bzw. der Beteiligung von Personen sowohl in türkischen als auch zugleich in deutschen Zusammenhängen. Damit ist auch das bridging bzw. linking social capital leicht angewachsen. Mit Bezug auf diese deutschland-

weite Repräsentativbefragung erwachsener Türkeistämmiger aus dem Jahr 2008 lassen sich noch einige soziodemographische Merkmale von im Verein Aktiven skizzieren:²

Frauen sind deutlich seltener als Männer zivilgesellschaftlich organisiert. Gleichzeitig findet sich nach Alter betrachtet der höchste Anteil Nicht-Organisierter in der jüngsten Gruppe bis 29 Jahre, der höchste Anteil unter den 45-bis-59-Jährigen. Menschen mit kürzeren Aufenthaltsdauern sind, nicht überraschend, seltener zivilgesellschaftlich vernetzt als länger in Deutschland ansässige Einwanderer. Heiratsmigranten der Nachfolgeneration sind in der Folge besonders selten organisiert, in Deutschland sozialisierte Einwanderer der zweiten Generation hingegen eher häufig. Erstgenera-

Tabelle 2: Mitgliedschaft erwachsener Türkeistämmiger in Vereinen nach soziodemographischen Merkmalen in Deutschland 2008 (Zeilenprozent)

	Keine Mitgliedschaft	Mitglieder*		
		Nur in deutschem Verein	Nur in türkischem Verein	In deutschem und türkischem Verein
Geschlecht				
Männlich	41,8	19,9	33,8	46,4
Weiblich	59,9	29,9	31,2	39,6
Altersgruppen				
Unter 30 Jahre	58,9	35,6	28,9	35,6
30 bis 44 Jahre	49,2	22,4	39,7	37,9
45 bis 59 Jahre	44,2	21,7	27,8	50,4
60 Jahre und älter	50,4	13,8	20,7	65,5
Aufenthaltsdauer				
4 bis 9 Jahre	70,5	27,8	27,8	44,4
10 bis 19 Jahre	54,3	28,0	30,5	41,5
20 und mehr Jahre	46,4	21,8	33,7	44,5
Generationszugehörigkeit				
Erste Generation	51,3	14,1	23,9	62,0
Nachfolgeneration	43,7	28,8	36,2	35,1
Heiratsmigranten	61,2	18,4	31,6	50,0
Gesamt	50,5	23,5	32,8	43,7

1000 Befragte; *Prozentzahlen bezogen nur auf die Mitglieder N = 504

Quelle: Sauer/Halm 2009: 150.

tionseinwanderer sind eher nur in türkischen Vereinen, Nachfolgenerationsangehörige sind tendenziell entweder nur in deutschen oder in deutschen und türkischen Vereinen gleichzeitig Mitglied. Heiratsmigranten wiederum tendieren noch stark zu türkischen Organisationen, so sie überhaupt organisiert sind.

Die Rahmenbedingungen für die Selbstorganisation von Einwanderern in Deutschland haben sich in den letzten Jahren im Zuge des Nationalen Integrationsplans und der Deutschen Islamkonferenz gewandelt. Migrantenorganisationen werden in größerem Maße als bisher als gesellschaftspolitische Akteure staatlicherseits anerkannt, aufgebaut und auch finanziell unterstützt. Potentiell mag das dazu führen, dass zukünftig mehr alternative und nicht nur komplementäre Anlässe für migrantisches Bürgerschaftliches Engagement entstehen. Unter den bisherigen Bedingungen bleibt aber festzuhalten, dass die individuelle Förderung der Engagementvoraussetzungen bei Migranten eher zu bridging oder linking social capital führen und bonding social capital primär im Zuge komplementärer Engagementzusammenhänge entstanden ist. Engagementförderung in der Gruppe der Türkeistämmigen bedeutet damit also sowohl Steuerungs- als auch Kohäsionsgewinne.

4 | Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements von Einwanderern

Die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements von Einwanderern im Sinne einer Unterstützung gesellschaftlicher Kohäsion und eines Zugewinns an (staatlicher) Steuerungsfähigkeit muss an vier Punkten ansetzen:

- an den individuellen Engagementvoraussetzungen von Einwanderern,
- an der Fähigkeit von Migrantenorganisationen, Engagement zu aktivieren (bonding social capital),
- an der Förderung interkultureller Kooperation zwischen Organisationen (linking social capital)

- an der interkulturellen Öffnung deutscher Organisationen (bridging social capital).

Folgend werden einige Überlegungen skizziert, die entsprechende Fördermaßnahmen jeweils beachten müssen.

4.1 | Förderung und Berücksichtigung individueller Engagementvoraussetzungen

Die individuellen Voraussetzungen für Engagement sind bei Deutschen und Einwanderern grundsätzlich ähnlich, wie ein Vergleich der Engagierten im Freiwilligensurvey und der analogen Studie zu den türkeistämmigen Einwanderern zeigt: Gute Bildung und hinreichende Zeit begünstigen in jedem Fall das Engagement, wobei mittlere Altersgruppen überrepräsentiert sind. Gesicherte finanzielle Verhältnisse wirken zudem förderlich auf Bürgerschaftliches Engagement. Grundsätzlich ist die Beeinflussung dieser Voraussetzungen schwierig, es ist aber dennoch von Bedeutung, dass sie politischen Entscheidungsträgern bewusst sind. So stellt sich etwa die Frage, welche Folgen die wachsende zeitliche Belastung von Jugendlichen durch schulische Verpflichtungen für deren gesellschaftliches Engagement haben wird – ein bisher wenig beachtetes Problem, obwohl Politik dem Bürgerschaftlichen Engagement, aus den oben dargestellten Erwägungen, doch grundsätzlich herausragende Bedeutung zumessen sollte.

Besondere Entwicklungsaufgaben zumindest mit Blick auf die türkeistämmigen Einwanderer ergeben sich bei den Frauen (Halm/Sauer 2007: 54-56; Sauer/Halm 2009). Eine weitere Spezifik von Einwanderergruppen mag zudem im Verlauf des eingangs erwähnten Wertewandels und seinen Folgen für die individuellen Engagementserwartungen bestehen. Möglicherweise sind Strategien, mit denen Organisationen Individualisierungstrends zu begegnen suchen, indem sie flexiblere, selbstbestimmte Engagementformen ermöglichen, nicht automatisch geeignet, auch mehr Einwanderer zu

erreichen. Es gibt starke Hinweise darauf, dass kollektiven Orientierungen im Migrationskontext dauerhaft größere Bedeutung zukommen kann als dies in nicht migrierten Bevölkerungsgruppen der Fall ist. Speziell der Familie kann eine vergleichsweise große Rolle als „der wichtigste Schutzfaktor gegen eine drohende Marginalisierung von Jugendlichen der zweiten Generation“ (Nauck/Steinbach 2001: 103) zukommen. Die Differenzierung von Einwanderern nach postmateriellen Einstellungen und entsprechenden sozialen Milieus ist jedoch bisher nicht überzeugend gelungen.³ Hier besteht noch erheblicher Forschungsbedarf als Voraussetzung für eine fundierte Berücksichtigung individueller Engagementvoraussetzungen unterschiedlicher Einwandergruppen.

4.2 | Empowerment von Migrantenorganisationen

Auf die defizitäre Beteiligung der türkeistämmigen Frauen an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wurde oben bereits kurz hingewiesen. Dies bedeutet nicht zuletzt eine große Entwicklungsaufgabe für die Migrantenorganisationen, wobei es eventuell auch traditionelle Strukturen, zumal in muslimischen Organisationen, zu überwinden gilt. Darüber hinaus kann den Organisationen von Einwanderern die effektive Anregung von Engagement aber auch insgesamt deutlich schwerer fallen als deutschen Organisationen: Die individuellen Engagementvoraussetzungen ihrer Klientel können schlechter sein, der Zugang zu finanzieller Förderung ist schwieriger aufgrund fehlender Gelegenheiten oder mangelnden Know-Hows bei der Mittelakquise, fehlendes Sozialkapital in Form von Netzwerken zur Aufnahmegesellschaft erschwert den Zugang zu Ressourcen (was eventuell durch Netzwerke mit dem Herkunftsland kompensiert werden kann), fehlende finanzielle Mittel stehen der Einstellung hauptamtlicher Mitarbeiter entgegen, die wiederum eine wichtige Rolle für die Akquise ehrenamtlicher Arbeit sein können, eventuell fehlen Sprachkenntnisse usw.

Diesen Defiziten gilt es, durch „Empowerment“ der Organisationen zu begegnen. Im Rahmen von Modellprojekten wurde dies in den letzten Jahren bereits versucht, so beispielsweise durch das „Leadership-Programm Migrantenorganisationen“ der Bertelsmann-Stiftung, das seit 2007 angeboten wird. Hier werden Funktionsträger aus den Migrantenorganisationen im Vereinsmanagement geschult, um den oben genannten Schwierigkeiten zu begegnen. Derartige Qualifizierungs- und Fortbildungsnotwendigkeiten stellen sich aber insbesondere auch für deutsche Verbände, die Migrantenorganisationen als Mitglieder haben, wie es vor allem bei den Sportverbänden der Fall ist. Sie sollten für ihre Mitglieder entsprechende Angebote machen.

4.3 | Förderung interkultureller Kooperation zwischen Organisationen

Linking social capital kann durch die Zusammenarbeit von Migrantenorganisationen und aufnahmegesellschaftlichen Organisationen entstehen. Gefördert werden können solche Kooperationen etwa durch entsprechend ausgestaltete Programme, in deren Rahmen Maßnahmen und Projekte etwa auf Stadtteilebene, aber auch in größerem Rahmen, finanziert werden. Der Einbezug von Migrantenorganisationen kann hier etwa ein Förderkriterium sein. Auf lokaler Ebene gilt es zudem, die Ausländerbeiräte bzw. Integrationsräte als wichtige Scharnierstellen für die Anbahnung von Kooperationen mit Migrantenorganisationen zu stärken und bekannt zu machen. Die Räte werden oft unter dem Kriterium der aufgrund geringer Wahlbeteiligung mangelhaften Repräsentation der ausländischen Einwohner und des fehlenden politischen Einflusses beurteilt, sie sind aber darüber hinaus die oftmals einzige Institution in der Stadt, die die Organisationslandschaft der Einwanderer überblickt und kooperationswillige deutsche Organisationen kompetent beraten und vernetzen kann.

4.4 | Interkulturelle Öffnung deutscher Organisationen

Die interkulturelle Öffnung deutscher Organisationen, die den stärkeren Einbezug von Einwanderern in bürgerschaftliches Engagement ermöglichen soll, ist schließlich hoch komplex und die Reihe möglicher Maßnahmen lang. Eingangs wurde die Presseinformation des Innenministeriums Niedersachsen zum Einbezug von Einwanderern in die Freiwilligen Feuerwehren zitiert. Das Ministerium zählt hier auch konkrete Maßnahmen auf, die es zu ergreifen gelte: „Vielen Mitmenschen ist bürgerschaftliches Engagement aus ihren Herkunftsländern nicht bekannt. Uniformträger – zu denen die Freiwilligen Feuerwehren aufgrund ihrer Traditionen gehören – sind mitunter sogar suspekt oder rufen Ängste hervor. Auf beiden Seiten gilt es Vorurteile abzubauen. Dies kann nur durch Kommunikation, Information und gegenseitiges aufeinander Zugehen erfolgen. In den Feuerwehren muss interkulturelle Kompetenz aufgebaut werden. Als erster Schritt wurden in einem gemeinsamen Projekt des Landes und der Niedersächsischen Jugendfeuerwehr Schulungen zur interkulturellen Kompetenz von Funktionsträgern der Feuerwehr durchgeführt. Ein mehrsprachiger Informationsflyer, der bei der Niedersächsischen Jugendfeuerwehr bezogen werden kann, wurde erstellt. Die Kommunikation und Zusammenarbeit mit Migrantenverbänden, Integrationsberatungsstellen und die Vorstellung der Feuerwehr in Integrationskursen soll intensiviert werden.“⁴

Hier werden bereits eine Reihe von Maßnahmen der interkulturellen Öffnung genannt, die aber nicht erschöpfend sind. Über die (auch sprachliche) Verbesserung der Kommunikation, die Zusammenarbeit mit migrantischen Netzwerken und die Erhöhung interkultureller Sensibilität und Kompetenz hinaus gilt es auch über strukturelle Veränderungen nachzudenken, die oftmals aber nur schwer durchsetzbar sind, da sie das Machtgefüge in den Organisationen verschieben

können. Zu solchen Maßnahmen zählt etwa die verstärkte Einbindung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in die Organisationen und in Leitungspositionen oder auch Maßnahmen der positiven Diskriminierung (z.B. der Erlass von Mitgliedsbeiträgen in Vereinen). Und schließlich gilt es auch, offen für den Beitritt ganzer Gruppen von Einwanderern (etwa von Mannschaften im Fall von Sportvereinen) und nicht nur von Einzelpersonen zu sein, was ebenfalls nicht in allen Organisationen automatisch gegeben sein dürfte. Zwischen der Erkenntnis, dass die Feuerwehruniform Einwanderer eventuell abschreckt – ein Ausdruck interkultureller Sensibilität –, und der Bereitschaft, auf die Uniform zu verzichten, besteht ein großer Unterschied.

Diese Überlegung zeigt aber auch noch einmal, dass bonding social capital in gewissem Umfang möglich sein muss, um die Voraussetzungen für weiter gehende Netzwerke zu schaffen. Auch davon abgesehen ist die Annahme, Einwanderungsgesellschaften könnten allein aufgrund von bridging social capital funktionieren und Kohäsion erzielen, nicht realistisch, da viele Organisationen sich gerade aufgrund ethnisch-kultureller Differenz gegenüber ihrer Klientel legitimieren. Die interkulturelle Öffnung des deutschen Karnevalsvereins oder der muslimischen Gemeinde ist wenig wahrscheinlich, vermutlich auch gar nicht wünschenswert. Umso entscheidender ist es, Organisationen durch linking capital zu verbinden und gemeinsame Netzwerke dort konsequent zu fördern, wo diese trotz unterschiedlicher kultureller Identitäten möglich und sinnvoll sind, zugleich aber auch Differenz und Nebeneinander zuzulassen – dieses Nebeneinander betrifft oft nur einzelne Bereiche, nicht das Zusammenleben insgesamt.

PD Dr. Dirk Halm ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg Essen.

Anmerkungen

- ¹ www.feuerwehr.info/neuigkeiten/untersuchung-zur-zukunft-der-feuerwehr/ [15.03.11].
- ² Die Quoten der Vereinsmitgliedschaften in dieser Befragung sind naturgemäß geringer als in der zuvor dargestellten Befragung aus dem Jahr 2004, wo das Engagement definitiv weiter gefasst war.
- ³ Siehe hierzu die Kritik an den Sinus-Einwanderermilieus durch Halm/Sauer 2011.
- ⁴ www.feuerwehr.info/neuigkeiten/untersuchung-zur-zukunft-der-feuerwehr/ [15.03.11].

Literatur

Drilling, Matthias/Schnur, Olaf 2009 (Hg.): Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Elwert, Georg 1982: Probleme der Ausländerintegration - Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 34, H. 4, 717-731.

Esser, Hartmut 1990: Nur eine Frage der Zeit? Zur Frage der Eingliederung von Migranten im Generationen-Zyklus und zu einer Möglichkeit, Unterschiede hierin theoretisch zu erklären. In: Esser, Hartmut/Friedrichs, Jürgen (Hg.): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 73-100.

Gensicke, Thomas/Picot, Sybille/Geiss, Sabine 2006: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Halm, Dirk 2005: Ethnic Mainstreaming in deutschen Verbänden. In: WSI-Mitteilungen (5), 278-284.

Halm, Dirk/Sauer, Martina 2007: Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Halm, Dirk/Sauer, Martina 2011: Die türkische Gemeinde in Deutschland und das Konzept der sozialen Milieus. In: Leviathan, Jg. 39, H. 1, 73-97.

Höfer, Renate/Keupp, Heiner/Straus, Florian 2006: Prozesse sozialer Verortung in Szenen und Organisationen - Ein netzwerkorientierter Blick auf traditionale und reflexiv moderne Engagementformen. In: Hollstein, Betina/Straus, Florian (Hg.): Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 273-294.

Junge, Matthias 1996: Individualisierungsprozesse und der Wandel von Institutionen. Ein Beitrag zur Theorie reflexiver Modernisierung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 48, H. 4, 728-747.

Kearns, Ade/Forrest, Ray 2000: Social Cohesion and Multilevel Urban Governance. In: Urban Studies, Jg. 37, H. 5-6, 995-1017.

Koopmans, Ruud/Statham, Paul 2002: How National Citizenship Shapes Transnationalism: A Comparative Analysis of Migrant and Minority Claims-Making in Germany, Great Britain and the Netherlands. In: Joppke, Christian/Morawska, Ewa (Hg.): Toward Assimilation and Citizenship: Immigrants in Liberal Nation-States. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 195-238.

Nauck, Bernhard/Steinbach, Anja 2001: Intergeneratives Verhalten und Selbstethnisierung von Zuwanderern. Expertise für die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“. Chemnitz.

Niessen, Jan/Huddleston, Thomas/Citron, Laura 2007: Migrant Integration Policy Index. Brussels: British Council & Migration Policy Group.

Portes, Alejandro 1998: Social Capital: Its origins and applications in modern sociology. In: Annual Review of Sociology, H. 24, 1-24.

Putnam, Robert 1993: Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.

Sauer, Martina/Halm, Dirk 2009: Erfolge und Defizite der Integration türkeistämmiger

ger Einwanderer. Entwicklung der Lebenssituation 1999-2008. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Tocqueville, Alexis de 1959: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart: DVA.

Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich 2005: Selbsthilfe, Netzwerke und soziales Kapital in der pluralistischen Gesellschaft. In: dies. (Hg.): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Freiburg: Lambertus Verlag, 8-26.

Migranten und Engagement: Die Milieuperspektive

Sebastian Beck

Der Kristallisationspunkt von Migration und ethnischer Vielfalt liegt in den Städten. Im Durchschnitt verfügt in Deutschland jeder Fünfte über einen Migrationshintergrund, in den Städten sind es mit bis zu 40 Prozent noch deutlich mehr - Tendenz steigend. Wenn wir diese Zukunft gemeinsam mit den Migranten gestalten und sie nicht nur als Gäste begreifen wollen, die sich an die Werte der Mehrheitskultur anpassen sollen, dann ist es der erste Schritt zu fragen: Wer sind die in Deutschland wohnenden Personen mit Migrationshintergrund? Wie können wir ihre Lebenswelten, die Milieus der Migranten, verstehen? Auf diese Thematik zielt die Studie ‚Migranten-Milieus‘.¹ Und sie konstatiert: Migranten haben Potenziale, nicht zuletzt im Bereich des Engagements. Das bedeutet: Migranten engagieren sich schon heute zu einem maßgeblichen Teil, und zwar über alle Migranten-Milieus hinweg. Es zeigt sich aber auch, dass das Engagementpotenzial von Migranten noch nicht ausgeschöpft ist. Zudem bleibt festzuhalten, dass lokales Engagement mit positiven Integrations-Indikatoren einhergeht, sowohl in Bezug auf integrative wie auch hinsichtlich der Förderung interkultureller Kontakte. Ob das Glas nun halb voll oder halb leer ist, die Studie ist eine klare Aufforderung, lokales Engagement von Migranten als Integrationsperspektive zu begreifen, und sie zeigt, dass eine weitere Unter-

stützung und Förderung dieses Engagements bei Migranten auf fruchtbaren Boden trifft.

1 | Acht Milieus, vier Segmente

Die Studie ‚Migranten-Milieus‘ wartet mit einem wichtigen Befund auf: Die Migranten unterscheiden sich nach Milieus. Es ist die Mentalität, die Milieu-Zugehörigkeit, an der sich die alltäglichen Muster der Lebensführung dieser Personengruppe orientieren, und nicht die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Herkunftskultur. Im Ergebnis zeigt die Studie acht Migranten-Milieus, die sich vier Milieusegmenten zuordnen lassen. Diese Segmentierung ist Ausdruck der spezifischen soziokulturellen Situation von Migranten und verläuft zwischen gefühlter kultureller Zugehörigkeit zwischen Herkunfts- und Aufnahmekultur und Status-Perspektive. Fühlen sich die traditionsverwurzelten Milieus auf bescheidenem Status-Niveau noch stärker ihrer Herkunftskultur verbunden, lassen etwa die bürgerlichen Milieus mit deutlich besserer Status-Perspektive deutlich ausgeprägter Affinitäten in Richtung Mehrheitsgesellschaft erkennen. Die vier Milieu-Segmente und die acht Migranten-Milieus sind im Einzelnen (s. Grafik 1):

Die bürgerlichen Migranten-Milieus (28%) setzen sich aus dem Adaptiven Bürgerlichen Milieu (16%) und dem Statusorientierten Milieu (12%) zusammen. Diese Milieus eint ihre